

Protokoll der Haupt- und Finanzausschusssitzung Sulzbach-Rosenberg vom 14.03.2023

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben.

Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.suro.info/info.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Einstellung eines Klimaschutzmanagers; Antrag vom 09.09.2022

Michael Göth: Wo ein Klimaschutzmanager eingesetzt ist, werden im Schnitt ca. 2,5 x mehr Projekte und Förderungen erwirkt, und 9 x mehr Treibhausgase eingespart.

Peter Zahn (Umweltschutzbeauftragter): Seit 1. Mai 2016 hat unsere Stadt keinen Klimaschutzmanager mehr, damals waren die Gründe gegen einen Neustart finanzieller Natur: Die Stadt würde belastet, der Klimaschutzmanager hat kein Budget und kann nichts machen, anfallende Arbeit könne auch durch die städtischen Angestellten erfolgen, eine Beratung der Bürger durch das ZEN. Eine neue Stelle eines Klimaschutzmanagers kostet, es wird aber auch Wert geschaffen. Beratungen könne nicht nebenbei durch städtisches Personal geleistet werden, das ZEN kann das nicht vollständig übernehmen, Betriebe beraten nur in ihrem eigenen wirtschaftlichen Sinn. Mögliche Aufgaben für einen KSM: 1. Energiesparen, Steigerung der Energieeffizienz (Bürgerberatung PV, Speicher, Haushalt, Wärmeversorgung und -dämmung). 2. Ausbau erneuerbarer Energien: Standortsuche, Planung, Investorensuche, Fördermöglichkeiten. 3. Mobilitätswende: Entwicklung für Fußgänger, Radfahrer, E-Mobilität inkl. Lade-Infrastruktur. Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung wichtig; Behandlung des Themas der Energieeinsparung in kommunalen Gebäuden, Energiekonzepte für Neubaugebiete. All das lässt sich nicht nebenbei erledigen, das muss hauptberuflich durchgeführt werden. Energiesparmaßnahmen sind nicht nur ökologische, auch ökonomische Maßnahmen für Bürger mit der Möglichkeit einer Kostenreduzierung für alle Bürgerinnen und Bürger.

Joachim Bender (SPD): Möchte als Antragsteller ein paar Sätze dazu sagen. Thema Klimaschutzmanager beschäftigt die SPD seit 2015, als die damals befristete Beschäftigung nicht weiter geführt wurde. Habe immer wieder einen Antrag gestellt einen Klimaschutzmanager unabhängig von staatlicher Förderung einzustellen. Gründe: Immer neue Hitzerekorde, sinkender Grundwasserspiegel, alle Maßnahmen gegen den Klimawandel müssen ausgeschöpft werden: Energieeffizient bauen, Mobilitätskonzepte. Leitbild Landkreis, Klima: Auf kommunaler und regionaler Ebene müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden um Klimaziele zu erreichen. Integriertes Klimaschutzkonzept müsse fortgeschrieben werden. Die CSU habe immer wieder angeführt, ein Klimaschutzmanager solle nicht im luftleeren Raum hängen, deshalb sollte die Stelle im Bauamt angesiedelt werden, unter Verantwortung des 1. Bürgermeisters. Bitte um Zustimmung zum Antrag,

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Sind großer Befürworter eines Klimaschutzmanagers. Wichtig sei, dass vor Ort ein Klimaschutzmanager ist der die Belange der Stadt in die Hand nimmt. Die Stadt müsse umgestaltet werden. Thematik Windkraftanlagen, auch hier könne sich ein Klimaschutzmanager gut einbringen. Zur Bildung von Bürgergenossenschaften könne ein Klimaschutzmanager evtl. Ansprechpartner sein. Ein Klimaschutzmanager solle ein gewisses Budget verfügbar haben dass dieser zweite Anlauf besser funktioniert als der erste.

Patrick Fröhlich (CSU): Kurze Historie, warum die CSU damals gegen Fortbeschäftigung des Klimaschutzmanagers war: Damals war das Problem, dass der Klimaschutzmanager eine theoretische im luftleeren Raum stehende Angelegenheit war. Gefehlt habe Umsetzung von an sich guten Ideen. Die Stelle müsse im Bauamt angesiedelt werden. Ein Budget muss eingeplant werden, sonst mache

die Stelle keinen Sinn. Die Ausführungen von Herrn Zahn waren wichtige Ergänzung zum Antrag. Im Juli 2019 war Antrag von Bender auf der Tagesordnung (TOP 4), der beschlossen wurde, dort heißt es: Herr Zahn trägt die Vorteile des Klimaschutzmanagers vor. Herr Morgenschweis möchte im Bauamt kompetente Stelle schaffen. Einstellung eines Fachmanns / Fachfrau. Sei damals also bereits beschlossen worden, warum müsse man darüber heute noch einmal beschließen? Das ist über drei Jahre her. Warum ist es 2019 nicht auf den Weg gebracht worden, warum soll es heute beschlossen werden?

Michael Göth: Am 9.9.2022 wurde einstimmig beschlossen: Antrag wird in der nächsten Sitzung behandelt. Der Klimaschutzmanager hatte damals kein festes Budget, aber immer wieder Budget zur Verfügung gestellt bekommen. Herr Clarke war bei Ausweisung von Baugebieten beteiligt, habe auch im Baugebiet Kropfersricht mitgewirkt, dort erneuerbare Energien zu installieren (was leider nicht zum Tragen gekommen sei). Kommunaler Energiewirt wurde aus- und weitergebildet, Herr Segerer könne dieses Wissen und diese Erfahrungen weiter mit einbringen in Tätigkeit als kommunaler Elektromeister. LED-Umrüstung ist nicht das Ende des Wegs, Antrag der FDP auf Umstellung von neutralweiß auf warm-weiß, wird derzeit umgesetzt bei Neueinbau von Beleuchtungskörpern.

Patrick Fröhlich (CSU): Was wurde aus dem Beschluss von Juli 2019?

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Es gibt eine Beschlusskontrolle, darauf müsse man schauen, warum der Beschluss nicht umgesetzt wurde.

Michael Göth: Warum müsse man dies am heutigen Tag als Argument aufführen? Warum wurde nicht am 9.9. rückgefragt was aus dem Antrag geworden ist?

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS / FDP): Habe Beschluss aus 2019 heraus gefunden. Brauchen namentlich keinen Klimaschutzmanager, sondern im Bauamt angesiedelten Umwelt-Ingenieur. Damit könne eine Lücke im Bauamt durch eine frei werdende Stelle gefüllt werden. Seit 2019 wurde Herr Segerer als Energiewirt ausgebildet, könnte zusammen mit Umwelt-Ingenieur wichtige Dinge auf die Beine stellen. Wichtig auch: Zusammenarbeit mit ZEN und Energieberatern vor Ort, um Immobilienbesitzern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es gibt genügend Projekte bei städtischen Gebäuden: Maßnahmen PV Kläranlage, PV FFW Rosenberg, PV Kindergarten an der Point, Austausch der Einfachverglasung beim Jugendzentrum Hängematte. Es sollten 100.000 T€ jährlich als eigene Haushaltsstelle bereit gestellt werden.

Christian Steger (CSU / JU): Vorschläge im Antrag sind Dinge welche die Bürger wissen und durch Energieberater ausgeführt werden können, dafür sei ein Klimaschutzmanager gar nicht qualifiziert. Neue EEG hat Anforderungen die ein normaler Klimaschutzmanager nicht durchführen könne, dafür brauchen wir externe Fachleute. Klimaschutzgerechte Maßnahmen initiieren: Externe Gutachten einzuholen sei wichtig, das kann von einer Person alleine gar nicht geleistet werden. Thema Wärmepumpen war Initiative der Heizungs-Innung. TOP 2: Balkon-PV-Anlagen: Abwicklung übernahm ZEN Ensdorf, auch darauf könnten wir als kreisangehörige Stadt zurück greifen. Sechsstellige Summe jährlich sei nötig, das müsse im Antrag erwähnt werden. Bsp. Marktredwitz: Mit Stadtwerken kombiniert, techn. Stelle geschaffen, um Stadt Marktredwitz klimaneutral zu machen, wurde pragmatisch umgesetzt.

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Vertreten Standpunkt „Gescheit oder gar nicht“. Die von einem Klimaschutzmanager geforderten Kompetenzen seien tief greifend, egal ob Stelle als Klimaschutzmanager oder Umwelt-Ingenieur bezeichnet. Wenn man eine so qualifizierte Person haben möchte, müsse entsprechend Geld ausgegeben werden.

Patrick Fröhlich (CSU): Konsens für Klimaschutzmanager ist da, keine Wortmeldung gegen Schaffung einer entsprechenden Stelle. Gehöre ins Bauamt angesiedelt. Heute könne nicht darüber

beschlossen werden, es sei erst einmal eine Willensbekundung erfolgt. Konkretes Budget und Einstellung in den Haushalt seien noch nicht ausgemacht, deshalb könne heute die Einstellung nicht in Auftrag gegeben werden, die Verwaltung müsste entsprechende Unterlagen mit Unterbau zur Verfügung stellen.

Michael Göth: Solle nur Vorberatung gewesen sein, eine Empfehlung, das Thema in entsprechenden Gremien weiter zu behandeln.

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS / FDP): Es solle heute schon so mitgenommen werden, dass der Ausschuss gewillt sei, jemanden einzustellen. Modalitäten (Stufe, Budget, Ausschreibungskriterien etc.) müssen noch geklärt werden, aber heute wurde ein positives Signal in Richtung einer Fachkraft gesendet.

Dr. Stefan Morgenschweis (CSU / JU): Fühle sich wie im falschen Film: Vor 3 ½ Jahren wurde der Beschluss gefasst, das müsse der Bürgermeister wissen und umsetzen, nicht darauf verweisen, die ehrenamtlichen Mitglieder des Gremiums hätten dies nachverfolgen müssen. In 2019 wurde bereits alles beschlossen, nur Modalitäten müssen geklärt werden.

Joachim Bender (SPD): Im Juli 2019 sei beschlossen worden: Weiterbehandlung im Hauptausschuss.

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): In nächster Personalausschusssitzung entsprechende Zahlen (Qualifikation etc.) festlegen und dies in Ausschreibung festlegen

⇒ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 2: Förderprogramm für sogenannte Balkon-PV-Anlagen

Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dass in der Stadt Sulzbach-Rosenberg die Installation von sogenannten Balkon-Solaranlagen im Jahr 2023 gefördert wird. Dabei werden Anlagen, welche mit den aktuellen Richtlinien konform sind im Zeitraum vom 01.06.2023 bis 31.12.2023 installiert wird, mit 100 € bezuschusst. Das Programm ist auf 6.000 € beschränkt, die Vergabe erfolgt nach Eingang der Anträge (sogenanntes Windhundprinzip).

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS / FDP): Stehen dem Antrag positiv gegenüber. Guter Zeitpunkt wäre schon der 1. Mai, am 31.12 brauche die Anlagen sie erst mal keiner mehr. 100 € in Ordnung, aber Obergrenze 10.000 € statt 6.000 €.

Joachim Bender (SPD): Fraktion stimmt zu. In Erinnerung rufen: Wir haben in zurück liegender Sitzung Antrag gestellt, PV-Anlagen zu fördern. Das sei damals nicht gegangen wegen Förderungen aus „Osterpaket“, also Doppelförderung. Eine solche Einspeisevergütung sei aber sei aber kein direkter Zuschuss? Das müsse geklärt werden, dass bei Balkon-PV-Anlage keine Doppelförderung entsteht (wegen Vergütung von eingespeistem Strom).

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Freude, dass dem Antrag nachgegangen wird, auch Mieter kämen in Genuss einer Förderung. Durch gestiegene Strompreise hätten viele finanzielle Vorteile.

Patrick Fröhlich (CSU): Jede Fraktion habe Antrag zur PV-Förderung gestellt, auch sie stehen dem positiv gegenüber. Solle nach 1 - 11/2 Jahren nochmals auf die Tagesordnung um Projekt zu bewerten/evaluieren und neu in die Öffentlichkeit zu bringen.

Michael Göth: Im Beschlussvorschlag steht zeitliche Begrenzung, das müsse eh neu aufgerollt werden.

Günter Koller (CSU / JU): Bei Veröffentlichung der Förderung müsse genau beziffert werden: Was genau ist „1 Anlage?“.

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS / FDP): Viele bestellen bereits PV-Anlagen in Nachbargemeinden im Rahmen von Sammelbestellungen mit, Deckelung der Gesamtförderung nicht von vorn herein auf 10.000 € anheben, erst mal abwarten.

Alexandra Ottmann (FWU): Stimmen zu, von vielen darauf angesprochen werden, solle bald umgesetzt werden, 6.000 € genügen.

Michael Göth: 6.000 € beschließen, ggfalls. um 4.000 € erhöhen.

☞ Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 3: Erhöhung der Stellplatzabläse

Beschlussvorschlag: Der Haupt- und Finanzausschuss soll über die Höhe der Stellplatzabläse beraten und dem Stadtrat seine Empfehlung mitteilen.

Joachim Bender (SPD): Damals für einen Betrag von 3000 € ausgesprochen der vielen Kollegen im Stadtrat zu gering war, würde sich auf 4000 € festlegen

Doris Schmidt-Hartmann (SURO2030): Pro Erhöhung der Ablöse, darf auch höher ausfallen (5000 €). In vielen Gebäuden der Altstadt sei ein Neubau von Stellplätzen gar nicht möglich. Künftiger Klimaschutzmanager könne initiieren, dass Investoren über andere Mobilitätskonzepte die Anzahl nötiger Stelleplätze reduzieren könne.

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS / FDP): Tolle Idee, Interesse war überraschend gering. Gute Möglichkeit für Innenstadt. Haben aber auch Tiefgarage, wo genügend Stellplätze frei sind die man als Stellplatz anmieten könnte. Würde für Ablöse 4000 € vorschlagen.

Patrick Fröhlich (CSU): Nachfrage: Um wie viel Ablösen im Jahresdurchschnitt geht es?

Hans-Jürgen Strehl (Liegenschaften): Könne es aktuell nicht sagen

Patrick Fröhlich (CSU): Stellplatzabläse kann durchaus auf 5000 € gehen. Aktueller Betrag entspricht ca. 5000 DM wie es in 2001 festgelegt wurde. Beträge sollen zügiger überprüft und angepasst werden, 5000 € heute entsprechend 5000 DM damals vor 20 Jahren. Einnahmen daraus sollen zweckgebunden verwendet werden für Verbesserung der Parksituation (Parkdeck, Parkplätze woanders, ...)

Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen): Mit 5000 € gut in der Spur aktueller Kostensteigerungen. Es geht darum, Innenstadt zu beleben, Leerstandssituation solle verbessert werden.

Christian Steger (CSU / JU): Geht mir weniger um Summe, als vielmehr um die Richtung: Leerstände sollen minimiert, Menschen in Altstadt gebracht werden, was Fahrzeugaufkommen generiert. Innenstadtmanagerin solle als Aufgabe bekommen, welches Potenzial in unseren Leerständen steckt, was die Leerstands-beseitigung an zusätzlichen notwendigen Stellplätzen generieren würde. Stellplatzabläse hilft deren künftigen Mietern nicht dabei, auch tatsächlich einen Stellplatz zu finden.

Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat): Mittel nur zweckgebunden einzusetzen ist bereits Stand der Dinge. Bei neuer Nutzung müssen nur neu nötige Stellplätze abgelöst / gefunden werden.

Christian Steger (CSU / JU): Genau das müsse geprüft werden, was käme auf einen zu wenn z. B. die Immobilie Müller zu Wohnungen umgebaut werden würde.

Hans-Jürgen Strehl (Liegenschaften): Können dies an einem Beispiel festmachen, vollumfängliche Erfassung schwierig.

Michael Göth: Bis zur Stadtratssitzung endgültige Beschlussfassung

è Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 5: Bekanntgaben

TOP Ö 6: Anfragen

Hans-Jörg Reitzenstein (FWS / FDP): Waldbad, Reinigung Hauptgarderobe erst 14 Tage nach Öffnung fertigzustellen, wieso könne dies nicht parallel zu anderen Maßnahmen erfolgen, warum nicht vor Badebeginn?

Patrick Fröhlich (CSU): Baumaßnahmen am Bahnhofsareal haben sichtlich begonnen, Bauzeitplanung? Wie lange einseitige Sperrung? Wann Fertigstellung?

Michael Göth: Fertigstellung noch in diesem Jahr

Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten): Dauer der einseitigen Sperrung längerfristig, einhergehend Umstellung der Lichtsignalanlage

TOP Ö 8: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat

Gez. Christian Koch, 14.03.2023